



Hände weg vom Mikromanagement der Arbeitsmarktpolitik

von Klaus F. Zimmermann*

Infolge der Schröder/Clement-Reformen des Arbeitsmarktes ist die Arbeitsmarktpolitik der wissenschaftlich am besten begleitete und am seriösesten bewertete Politikbereich Deutschlands geworden. Das ist für sich genommen bereits ein anerkennenswerter Fortschritt. Nun muss man wissen, dass sich diese Politik aber immer noch aus einem Instrumentenkasten bedient, der selbst den Betreibern zu reichhaltig erscheint. Nur teilweise konnten bisher die wissenschaftlichen Evaluationen feststellen, welche der Maßnahmen aus dem Instrumentendschungel überhaupt wirken. In den Sozialgesetzbüchern, die die Arbeitsmarktpolitik regulieren, findet sich weiter jedes denkbare Rezept für jedes denkbare Problem, und zu lange wurde zu vieles ohne Konzept erfolglos ins Szene gesetzt.

Gemeinsam mit Werner Eichhorst vom IZA in Bonn konnten wir 2007 in einem Aufsatz für das Applied Economics Quarterly feststellen, dass von allen Instrumenten derzeit nachweisbar nur vier positiv wirken. Dies sind die Eingliederungszuschüsse, das heißt befristete Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber, Maßnahmen der öffentlich geförderten beruflichen Weiterbildung, die Vermittlungsgutscheine und die Förderung einer selbständigen Tätigkeit. Negative Wirkungen auf die Aufnahme einer Beschäftigung gehen hingegen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Personal-Service-Agenturen (PSA) aus.

Nur scheinbar ist allerdings gut, dass sich das Arbeitsministerium jetzt anschickt, den Katalog der möglichen Maßnahmen radikal zusammenzustreichen: Denn in Wirklichkeit werden die Etatpositionen weitgehend nur neu editiert und zusammengefasst und neue Namen beim Bestandsschutz generiert. Es soll zu keinen Einsparungen kommen, die wirksamen Eingliederungszuschüsse sollen abgeschafft, die unwirksamen PSA dagegen implizit erhalten bleiben.

Fatal ist die hier offengelegte Neigung zum Mikromanagement durch die Bundesregierung. So haben sozialpolitische Gestaltungsprioritäten in den letzten Jahrzehnten die Arbeitsmarktpolitik in die Sackgasse getrieben, in der sie heute noch steckt. Was die Politik vorgeben muss, sind die Ziele sowie ein Instrumentenkasten. Den gezielten Einsatz der Instrumente muss sie jedoch der Arbeitsagentur überlassen. Diese muss entscheiden, was den Arbeitslosen nutzt, basierend auf Experimentierfreude und unabhängiger wissenschaftlicher Begleitforschung zu der zentralen Frage, welche Maßnahmen Wirkungen zeigen. Wahltaktische Überlegungen und interessenspezifische Interventionen aus den Kontrollgremien und dem Ministerium müssen unterbleiben. Die Arbeitsagentur ist ja längst weiter als die Politik. Sie behält die Evaluation der Maßnahmen im Blick und baut den Einsatz von umstrittenen Instrumenten ab. Nur wenn die Politik sie in Ruhe lässt, kann sie Erfolg haben.

*Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.